

Vorlage-Nr.: **0665-2021/DaDi**  
 Aktenzeichen:  
 Fachbereich: **Fraktionslose im Kreistag Darmstadt-Dieburg**  
 Bischoff, Werner  
 Beteiligungen:  
 Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Aktionsplan gegen Kinderarmut kinderfreundlich machen – Antrag Abg. Bischoff (fraktionslos)**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert den Kreisausschuss auf den Aktionsplan gegen Kinderarmut (Vorlage 0387-2021) dahingehen zu ergänzen, dass

- bei Mietobergrenzen im Landkreis Darmstadt Dieburg für Eltern im Grundsicherungsbezug mit Kindern bis 18 Jahre ein 10%iger Zuschuss auf die Mietobergrenzen des Landkreises Darmstadt Dieburg umgehend gewährt wird.
- Die Ermessensentscheidung bei Eltern in Grundsicherung mit Kindern bis 18 Jahre für eine Kürzung der Leistungen bis 30 % wird umgehend ausgesetzt.
- Das bei Neubeantragung – WB ANTRAG- bei Familien mit Kindern bis 18 Jahre bei fehlenden Unterlage grundsätzlich von der KFB der postialische fehlende Zugang von Unterlagen bewiesen werden muss (§37 SGB II Abs 2 Satz3)- ansonsten müssen generell die Leistungen – auch bei noch fehlenden Unterlagen- weiter gewährt werden.

## **Begründung:**

Der vorliegende Aktionsplan gegen Kinderarmut ist nicht angetan, die Sorgen und Nöte der Kinder in Grundsicherung im Landkreis Darmstadt Dieburg gerade im Mittellandkreis mit hohen Fallzahlen nachhaltig zu verändern.

Er beschreibt Handlungsempfehlungen, Projekte und flankierende Maßnahme, die im Grunde sich an niedrigen finanziellen Aufwendungen dieses Aktionsplanes orientieren.

Aufgrund einer über 4 jährigen Bearbeitung dieses Aktionsplanes gegen Kinderarmut ist das vorliegende Ergebnis mehr als enttäuschend und sollte im Sinne der kinderreichen Familien in Grundsicherung nachgebessert werden.